

**Betrifft: 55. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.04.2014
Stellen für Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen
Änderungsantrag des Bürgermeisters**

POSITION der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler

Wir hatten bereits in unseren Mitteilungen vom 02.04.2014 und 15.04.2014 unsere Genugtuung kundgetan, daß nunmehr Bewegung in die Sache Schulsozialarbeit gekommen ist. Wir hatten auch angekündigt, der Beschlußvorlage von SPD, LINKEN und Bündnisgrünen, die wichtige Inhalte unseres Fraktionsantrages vom Herbst 2013 (BV/1040/2013) zur Schaffung von Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit an den drei städtischen Grundschulen aufgegriffen haben, zuzustimmen.

Inzwischen hat der Bürgermeister einen Änderungsantrag eingereicht. Sehr positiv sehen wir die Tatsache, daß nun auch die Stadtverwaltung mit der Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen einverstanden ist.

Daß statt 3 Vollzeitstellen nunmehr ein dreiköpfiges Team mit zusammen 80 Wochenstunden realisiert werden sollen, ist ein Kompromiß, den wir mittragen können.

Allerdings weist der Änderungsantrag des Bürgermeisters auch einige Passagen auf, die der Kritik bedürfen. Wir haben diese Kritik bereits per eMail vorgebracht und darum gebeten, sie allen Stadtverordneten zugänglich zu machen, was auch erfolgt ist.

In der Beratung beim Bürgermeister am 16.04.2014 schien in den wesentlichen Punkten ein mehrheitlicher Konsens erreicht worden zu sein.

Es soll ein Team von sozialpädagogischer Arbeit an allen drei relevanten Grundschulen wirksam werden. Bürgermeister Boginski sprach davon, daß an der Grundschule "Schwärze" mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit eine Vollzeitstelle zum Einsatz kommt.

Für unsere Fraktion habe ich nochmals erklärt, daß wir von präventiver Schulsozialarbeit am Standort Schule sprechen und eine relevante Passage in einen gemeinsamen Antrag, den wir ggf. als Miteinreicher mittragen können, formuliert sein sollte.

Wir forderten auch die Klarstellung, daß die Stellen für Schulsozialarbeit mit Beginn des Schuljahres wirksam werden, übten Kritik an den vom Bürgermeister angebotenen Finanzierungsmöglichkeiten und verwiesen auf unsere alternativen Finanzierungsvorschläge.

Der Bürgermeister kündigte für den heutigen Mittwoch (23.04.2014) eine überarbeitete Variante seines Änderungsantrages an. Tatsächlich lag dieser geänderte Änderungsantrag am Mittwochmittag vor. Leider blieben die daran geknüpften Erwartungen unerfüllt.

Der Beschlußtext des Änderungsantrages blieb fast unverändert. Die Sachverhaltsdarstellung wurde neu gefaßt – allerdings in einer dem Laien unverständlichen Sprache. Sprechblasen, deren Sinn dem Leser verschlossen bleibt.

Dabei blieben auch die Hinweise hinsichtlich der Finanzierungsvorschläge völlig unberücksichtigt. Da war nach den Worten des Bürgermeisters vom vorösterlichen Mittwoch anderes zu erwarten gewesen. Unsere Hoffnung wurde enttäuscht.

Wir halten an unseren Aussagen vom 15.04.2014 fest.

Die Reduzierung der ursprünglich vorgeschlagenen 3 Vollzeitstellen auf ein Stundenkontingent von 80 Wochenstunden können wir als guten Anfang und Kompromiß akzeptieren.

Unsere Fraktion fordert eine Klarstellung, daß mit den 80 Stunden tatsächlich präventive sozialpädagogische Schulsozialarbeit zusätzlich zum aktuellen Ist-Stand angeboten wird und nicht lediglich bereits vorhandene Jugendarbeit an den Schulen unter neuem Namen „umfunktioniert“ wird.

Ebenfalls klarzustellen ist, daß die zusätzlichen Stellen der Schulsozialarbeit mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 wirksam werden.

Angesichts der besonderen Situation an der Grundschule „Schwärzensee“ soll hier eine Vollzeitstelle zum Einsatz kommen. Die zweite Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit müßten sich demnach die Grundschule Finow und die Bruno-H.-Bürgel-Schule vorerst teilen. Dies halten wir für einen akzeptablen Kompromiß, wobei die Zielstellung bleibt, auch an diesen Schulen in der Perspektive mindestens eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit bereitzustellen.

Die im Änderungsantrag des Bürgermeisters angegebenen Finanzierungsquellen für die im Jahr 2014 anfallenden Kosten halten wir zumindest teilweise für nicht akzeptabel. Hier scheint es sich eher um die „heimliche Rache“ des Finanzdezernenten zu handeln als um einen wirklich konstruktiven Vorschlag.

Wenn hier solch sensible Bereiche, wie die Feuerwehr, die Sportstätten und der Familiengarten, deren Budgets ohnehin sehr begrenzt sind, herangezogen werden, ist das aus unserer Sicht kontraproduktiv.

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler favorisiert folgenden Deckungsvorschlag:

1. Die Minderausgaben durch die unbesetzte Dezernentenstelle betragen für den Zeitraum von 01.07.2013 bis 30.06.2014 mindestens 80.000 Euro. Ab 01.10.2013 wurde zur Entlastung des Bürgermeisters ersatzweise ein Referent eingestellt, dessen Stelle bis 30.06.2014 weniger als 50.000 Euro gekostet haben dürfte. Daraus ergibt sich eine Differenz von mindestens 30.000 Euro, die für die Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen zur Verfügung steht.
2. Einsparung in Höhe von 10.000 Euro, da das jährliche Einschulungsfest der Stadt Eberswalde „Hurra ich bin ein Schulkind“ in diesem Jahr nicht auf dem Marktplatz stattfindet, sondern Teil der Übergabefeierlichkeiten des neuen Standorts der Grundschule „Schwärzensee“ im Brandenburgischen Viertel ist und aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ finanziert wird.

3. Angesichts der nach Angaben des Bürgermeisters zu deckenden Finanzierungslücke von 41.000 Euro verbleiben lediglich 1.000 Euro, die aus den Gewerbesteuer-mehreinnahmen oder aus der Rücklage zu entnehmen sind.

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler hat stets darauf aufmerksam gemacht, daß der Landkreis Barnim in der Pflicht ist, die geforderten Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit zu finanzieren. Daran halten wir fest.

In unserer Beschlußvorlage vom Dezember 2013 hatten unsere Fraktion ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es uns um unbefristete Vollzeitstellen geht, die in der Lage sind, gegenüber den Schülerinnen und Schülern langfristig Vertrauen aufzubauen.

Wir wenden uns gegen eine Aufspaltung der Stellen in eine Vielzahl fluktuierender Teilzeitstellen, was die Formulierung im Bürgermeister-Änderungsantrag, wo von einem „Hilfeteam von Fachkräften“ gesprochen wird, zumindest offenläßt.

Voraussetzung für die Besetzung der Stellen ist aus unserer Sicht die Qualifikation als Sozialarbeiter/in bzw. Sozialpädagoge/in. Die vorhandene Teilzeitstelle soll dabei möglichst ohne Personalfluktuations zur Vollzeitstelle erweitert werden. Kontinuität und Verlässlichkeit sind ein wichtiges Kriterium.

Wir gehen davon aus, daß eine Vergütung nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVöD) vorgesehen ist.



Carsten Zinn,
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender